

1. **An den  
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld  
Herrn Eberhard David**
  
2. **An die  
Bürgergemeinschaft für Bielefeld**

## **Öffentlicher Brief**

### **Besorgnis und Bestürzung über eine Veröffentlichung der Bürgergemeinschaft für Bielefeld vom 25.9.2002 in OWL am Mittwoch**

Zum Selbstverständnis einer Demokratie gehört ein lebendiger Dialog zwischen Bürgern und den in die einzelnen Gremien gewählten Personen und Parteien.

Im Einzelfall kann es dabei natürlich zu Differenzen und Konflikten kommen. Auch können individuelle Interessen diese Konflikte schüren. Die Erfahrung zeigt aber, dass Bürgerinitiativen, die nur durch persönliche Betroffenheit entstanden sind, keinen langen Bestand haben. Bürgerinitiativen, die zwar über die eigene Betroffenheit entstanden, aber eine breite Resonanz in der Bevölkerung finden, sich schnell etablieren.

Und das ist auch gut so, denn darüber erhalten die Parteien und Verbände eine Rückkopplung zu ihrer eigenen Politik. Ein Nachdenken und ein Dialog wird erzeugt.

Die am 25.9.02 von der Bürgergemeinschaft für Bielefeld (BfB) in OWL am Mittwoch veröffentlichte Meinung bewirkt dagegen genau das Gegenteil.

#### **Zitat:**

**„BfB: In letzter Zeit ist immer mehr festzustellen, dass Bürgerinitiativen von Bürgern inszeniert werden, um ihre Problem vor der eigenen Tür zu lösen. Die Bürgergemeinschaft für Bielefeld fordert, hier mehr Rücksicht auf das Allgemeinwohl zu nehmen, bevor man egoistische Ziele verfolgt.“**

Anstatt die Chance zu nutzen, in einen Dialog mit den Initiativen zu treten, sich mit ihren Argumenten auseinanderzusetzen und für die eigene Überzeugung aktiv einzutreten und zu werben, werden Bürgerinitiativen pauschal als „egoistisch“, nicht am Allgemeinwohl orientiert und künstlich „inszeniert“\_diffamiert.

Angesichts solch pauschaler Diffamierung von Bürgerinitiativen müßten sich u.E. jeder demokratisch eingestellten Person „die Nackenhaare sträuben“. Die Polemik der BfB fällt überdies in sich selbst ins Lächerliche, bedenkt man, daß die BfB ihrerseits einmal als Bürgerinitiative gestartet ist. Die BfB stellt sich selbst damit praktisch ein Armutzeugnis aus

(als „egoistisch“ und „inszeniert“). Gleichwohl sollte auch die BfB bzw. ihre Sprecher sich immer davor hüten, pauschal von sich auf andere zu schließen.

**Zitat:**

**„BfB: Parteiverdrossenheit ist die eine Seite, die andere Seite ist der Missbrauch der hervorragenden Einrichtung für die Mitbestimmung der Bürger.**

**Die Bürgergemeinschaft für Bielefeld stellt fest:**

**„Der Missbrauch des Mitbestimmungsrechtes der Bürger hat in der letzten Zeit Überhand genommen.“**

Auch hier wird – wieder mit pauschalen Behauptungen - absichtsvoll im Zusammenhang mit der erwähnten Kritik der Anschein erweckt, daß Bürgerinitiativen heute einen „Missbrauch der hervorragenden Einrichtung für die Mitbestimmung der Bürger“ darstellen. Hier wird auf infame Art und Weise Mißtrauen gegen Mitbürger gesät, die in bestimmten Fragen eine andere Meinung als die BfB vertreten und dabei auch noch die Frechheit besitzen, sich in einer Bürgerinitiative zusammenzutun, um sich – etwa im Gespräch mit Fachleuten aus Verwaltung (Herr Moss), Politik (Dr. Franzen) und Naturschutz (Frau Quirini) – sachkundig zu machen und dann auch nach außen ihren Anliegen, Sorgen und Forderungen zum Wohle aller Bürger dieser Stadt (vergleiche entsprechende Flugblätter der Bürgerinitiative gegen die B66n) wirksamer zu vertreten. Kann sich eine Partei in Bielefeld, die sich als demokratisch begreift und zudem selber aus einer Bürgerinitiative hervorgegangen ist, solche öffentliche Stimmungsmache und Hetze wirklich erlauben?

Wir verwahren uns als Bürgerinitiative gegen diese Diffamierungen seitens der BfB und fordern alle demokratisch eingestellten Verantwortungsträger in Bielefeld auf, Bürgerinitiativen vor solchen Verunglimpfungen in Schutz zu nehmen.

Wir fordern außerdem alle Verantwortlichen in Bielefeld – auch und gerade in der BfB – auf, solcher Stimmungsmache, die das Zusammenleben der Menschen und insbesondere den politischen Dialog vergiftet, Einhalt zu gebieten und dafür zu sorgen, daß sich solche vordemokratischen Exzesse in der Öffentlichkeit nicht wiederholen.

Mit freundlichen Grüßen

Armin Wenske                      Gerd Bobermin  
Bürgerinitiative gegen die B66n

Bielefeld, den 2.10.2002